

## **Kommunaler Aktionstag zur Finanzkrise am 27.5.2026 mittags in Hannover**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die finanzielle Lage unserer Kommunen spitzt sich weiter zu. Steigende Ausgaben bei gleichzeitig unzureichender Finanzausstattung schränken die Handlungsspielräume vor Ort zunehmend ein. Deshalb werden der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund, der Niedersächsische Landkreistag und der Niedersächsische Städtetag gemeinsam ein starkes Zeichen setzen.

Am 27. Mai werden Repräsentanten der drei kommunalen Spitzenverbände den Ministerpräsidenten öffentlichkeitswirksam auf die dramatische Lage der kommunalen Haushalte hinweisen und Hilfe einfordern.

**Zeit: Dienstag, 27. Mai 2026, ab 12:00 Uhr**

**Ort: Hannah-Arendt-Platz vor dem Niedersächsischen Landtag, Hannover**

Parkmöglichkeiten bestehen zum Beispiel im Parkhaus Altstadt/Schmiedestraße oder auf dem Schützenplatz. Vom Hauptbahnhof ist der Landtag fußläufig in einer knappen Viertelstunde erreichbar.

Wir möchten Sie zu diesem **Aktionstag** herzlich einladen und um zahlreiches Erscheinen bitten. Gerne können neben den Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten auch weiteres kommunales Führungspersonal sowie ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Rats- und Kreistagsmitglieder teilnehmen. Es ist wichtig, an diesem Tage in möglichst großer Personenzahl zu erscheinen, um gegenüber der Landesregierung und dem Landtag ein starkes Zeichen zu setzen.

Um die Veranstaltung planen zu können, bitten wir um Anmeldung über folgendes Formular: [Anmeldeformular Aktionstag](#)

Zur Erhöhung der medialen Aufmerksamkeit werden von uns vor Ort Plakate bereitgestellt, die dieser Mail beigelegt sind. Darüber hinaus werden Sparschweine verteilt, auf denen die jeweiligen Haushaltsdefizite mittels Beschriftung dargestellt werden können und die symbolisch an den Ministerpräsidenten übergeben werden. Die Materialien werden durch die Geschäftsstellen der kommunalen Spitzenverbände organisiert.

Zusätzlich werden wir im Vorfeld der Kundgebung ein **gemeinsames Schreiben** an die Mitglieder der Landesregierung, die Landtagsabgeordneten und niedersächsischen

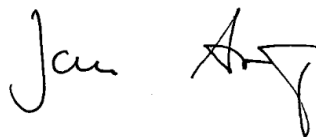
Bundestagsabgeordneten der in Bund und Land regierungstragenden Fraktionen richten, um auf die dramatische Entwicklung der kommunalen Haushalte hinzuweisen. Dieses Schreiben werden wir Ihnen zur Verfügung stellen. Gerne können Sie Ihre jeweiligen Abgeordneten dazu ansprechen oder einladen.

Wir stellen außerdem anheim, die beigefügte **Resolution** der drei kommunalen Spitzenverbände in Ihren Vertretungen in den nächsten Monaten zu beschließen und darüber eine Berichterstattung in der örtlichen Presse herbeizuführen, um die bisher von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkte kommunale Finanzkrise auch in die mediale Aufmerksamkeit zu bringen. Ein Informationspaket mit verwendbaren Hintergrundinformationen werden wir in Kürze gesondert versenden.

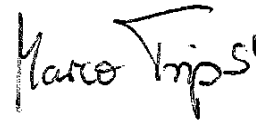
Lassen Sie uns gemeinsam ein sichtbares und starkes Zeichen für handlungsfähige Kommunen setzen. Wir freuen uns über Ihre Unterstützung und Ihre Bereitschaft zur Mitwirkung!



Dr. Joachim Schwind  
Geschäftsführendes  
Präsidialmitglied NLT



Dr. Jan Arning  
Hauptgeschäftsführer NST



Dr. Marco Trips  
Präsident NSGB

**Anlagen:**

- Resolution
- Infoblatt
- Kampagnenmotive

## Resolution „Rettet die Kommunen!“

Die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden sowie die Landkreise befinden sich in der schlimmsten finanziellen Krise seit Bestehen der Bundesrepublik. Ungebremst steigende Sozialausgaben, immer neue Aufgaben ohne Gegenfinanzierung und eine beginnende Zinsspirale sind die fremdverschuldeten Ursachen. Während die Einnahmen stabil bleiben, führen von Bund und Land auferlegte Ausgabeverpflichtungen zu einem gewaltigen strukturellen Minus der Kommunen.

Das mittlerweile historisch höchste Gesamtdefizit der Kommunen auf Bundesebene lag in 2025 bei minus 32 Mrd. Euro, in Niedersachsen bei minus 3,6 Mrd. Euro. Dies summiert sich zum ähnlich schlechten Jahr 2024. Rücklagen sind vielfach aufgebraucht, die Handlungsspielräume der Kommunen werden zunehmend eingeschränkt.

Davon betroffen sind nicht nur freiwillige Leistungen, die für Lebensqualität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und lokale Identität von zentraler Bedeutung sind. Zunehmend geraten auch Pflichtaufgaben unter Druck, insbesondere der Erhalt und Ausbau der kommunalen Infrastruktur, die Daseinsvorsorge sowie die Erfüllung gesetzlicher Ansprüche. Die Investitionsrückstände nehmen weiter zu, die Investitionsquote sinkt trotz der Investitionshilfen vom Bund. Diese Entwicklung beeinträchtigt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Funktionsfähigkeit des Staates auf allen Ebenen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Rat/Kreistag der/des [Gemeinde/Stadt/Landkreises] das Land Niedersachsen auf,

1. **die Mittel im kommunalen Finanzausgleich im Rahmen des Doppelhaushalts 2027/2028 deutlich zu erhöhen, mindestens jedoch um eine Milliarde Euro,**
2. **das Konnexitätsprinzip im Land konsequent anzuwenden und im Bundesrat nur noch Gesetzen zuzustimmen, die vollständig vom Bund finanziert werden und**
3. **sich beim Bund für eine Reform der Sozialleistungen einzusetzen, die zu einer auskömmlichen Finanzierung auf kommunaler Seite führt.**

Der Rat/Kreistag der/des [Gemeinde/Stadt/Landkreises] appelliert an Landtag und Landesregierung, die finanzielle Situation der Kommunen mit höchster Priorität zu behandeln und zeitnah wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Ohne ein Handeln des Landes droht – bei sich fortsetzenden Defiziten – eine Handlungsunfähigkeit der Gemeinden.

Starke Kommunen sind die Grundlage eines funktionierenden Gemeinwesens und einer lebendigen Demokratie. Ihre finanzielle Stabilität ist eine zentrale Voraussetzung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat.

Jetzt ist die Zeit zu handeln!

Datum, Unterschrift